

Zur sicherheitspolitischen Debatte

Autor(en): **Grossmann, Christoph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **176 (2010)**

Heft 03

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-109330>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur sicherheitspolitischen Debatte

Die Schweizer Sicherheitspolitik ist zu stark parteipolitisch geprägt. Die Bundesbehörden müssen einen Weg finden, um zu einer verlässlichen und nachhaltigen Sicherheitspolitik zurückzukehren.

Christoph Grossmann, Kommission ASMZ

Im Grunde genommen ist die Schweiz stolz darauf, dass sie zwar viermal einen General gewählt hat und erfolgreich war in der Kriegsverhinderung, aber seit mehr als zweihundert Jahren keinen Krieg mehr aufgenötigt bekam. Dies trübt möglicherweise den Blick für eine nachhaltige Sicherheitspolitik. Denn Zukunftsfähigkeit im Bereiche staatlicher Sicherheitspolitik wird nicht durch punktuelle Pro-

«Jedes Land definiert vor dem Hintergrund seiner eigenen Geschichte und seiner Möglichkeiten Ausmass und Ausgestaltung der Mittel.»

vokationen oder Weglassungen erreicht, sondern durch eine integrale Sicht. Kurzfristige taktische Überlegungen, um eine allzu departementsfokussierte Optik der einzelnen Bundesräte oder das Links-Rechts-Schema der Bundespolitik zu überwinden, greifen zu kurz. Aussenpolitik und Sicherheitspolitik müssen kohärent und ihre Umsetzung finanzierbar sein. Selbstverständlich muss die Bedrohung (manifeste Gefahren) der Sicherheitspolitik als Bezugsrahmen dienen. Allerdings ist es nicht leicht, diese vom Gehalt her richtig zu erkennen, geschweige denn inhaltlich und zeitlich mögliche Entwicklungen. Denn die aktuelle Gefahrenlage wird intuitiv zumeist über- oder unterschätzt. Zu beachten sind zudem Gefahrenpotenziale, Wehrsysteme und technische Möglichkeiten. Konflikte um Lebensformen, Rohstoffe, Territorien und Wege ergeben sich laufend von neuem und tragen immer das Potenzial in sich, zu eskalieren. Ängste und Demütigungen

verstärken sie. Also ist Weitsicht und Vorsicht gefragt.

Hohe Anforderungen an Sicherheitspolitik

Die Sicherheitspolitik ist zudem jene staatliche Teilpolitik, die den radikalsten Eingriff in die Rechte des Einzelnen vorzusehen hat, sei dies in Form der dem Volk zugemuteten materiellen, finanziellen und physischen Opfer, sei es in Form der Soldaten, welche ihren Auftrag unter Einsatz des Lebens zu leisten haben; Wehrpflicht und Milizgrundsatz sollten dabei aus staatspolitischer Sicht zu einer höheren Qualität der Problemlösungen führen, da ein definierter Teil der Bürger regelmässig und direkt involviert ist.

In der Sicherheitspolitik spielt das Prinzip der Verhältnismässigkeit eine grosse Rolle. Sowohl bezüglich der Schwierigkeit eines Polizisten oder Soldaten, notfalls innert Bruchteilen von Sekunden die richtige Intervention durchzuführen, als auch bei der Option des Staates, nötigenfalls alle verfügbaren nationalen Ressourcen zur Selbstbehauptung und zum Schutz der Bevölkerung aufzubieten, ist die Angemessenheit ein kritischer Handlungsrahmen. Die Umsetzung der Sicherheitsstrategie eines Staates ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln; die Abstufungen werden immer differenzierter, was zweifelsohne als kulturelle Errungenschaft zu werten ist.

Breite Sicht notwendig

Streitkräften können sechs Aufgabebereiche zugewiesen werden: 1. Eroberung (conquer), 2. nukleare Auslöschung (nuke), 3. Vernichtung (destroy), 4. Verteidigung (defend), 5. Schutz (protect), 6. Unterstützung der Regierungen (assist). Jedes Land definiert vor dem Hintergrund seiner eigenen Geschichte und seiner Möglichkeiten Ausmass und Ausgestaltung der Mittel. In Zeiten relativen Friedens ist die Weiterentwicklung einer Ar-

mee ein Prozess im Rahmen der normalen, demokratischen Verfahren: Damit ist sie aber auch parteipolitischen Ränkespielen und den Begehrlichkeiten verschiedener Regierungsstufen ausgesetzt. Dazu kommt die generelle Unsicherheit durch die hypothetische Bezugswelt jeden präventiven Risikomanagements. Umso wichtiger ist eine umsichtige Vorgehensweise, will man der Komplexität gerecht werden. Die Unterscheidung von In- und Ausland hat aufgrund der generell erweiterten Reichweite der menschlichen Handlungsfähigkeit an Bedeutung verloren; sie spielt jedoch in der Sicherheitspolitik vor allem bei der Zuweisung der Verantwortung und der Finanzierungspflichten weiterhin eine Rolle.

Die Aufgaben der Schweizer Armee – Verteidigung und Raumsicherung, Existenzsicherung und Friedensförderung – werden durch die Beschlüsse der Bundesbehörden laufend weiter präzisiert, vor allem aber auch eingeschränkt. Mit Ausnahme der Katastrophenhilfe im Inland gibt es keine Aufgabe, die nicht von mindestens einer Partei grundsätzlich abgelehnt wird. Während die Rechte allen Einsätzen im Ausland und der internationalen Zusammenarbeit skeptisch gegenüber steht,

«Die Aufgaben der Schweizer Armee werden durch die Beschlüsse der Bundesbehörden präzisiert, aber auch eingeschränkt.»

lehnt die Linke Sicherungseinsätze im Innern ab und will sowieso auf die eigentliche Verteidigung weitgehend verzichten. Bei den Sicherungseinsätzen beargwöhnen die Kantone eine schleichende Kompetenzverschiebung und nur die zumeist doppelte Budgetschonung führt zu widerwillig akzeptierten, einfachen subsidiä-

ren Sicherungsaufgaben wie Botschaftsbewachung, Konferenzschutz, Verstärkung des Grenzwachtkorps und Airmarshall-Dienste.

Zwei Optionen: ggT und kgV

Die Schweiz hat derzeit grundsätzlich zwei Optionen: Entweder orientiert sie sich am «grössten gemeinsamen Teiler» der Katastrophenhilfe, erweitert diese um hu-

und «umfassend». Mit der ersten Option dürfte es auch entgegen anderslautenden Meinungen illusorisch sein, Wehrpflicht und Milizgrundsatz zu erhalten und es entstünde ohne internationales Sicherheitsbündnis eine empfindliche Lücke. Aufgrund der ausschliesslich lokal praktizierbaren Krisenbewältigung würden Führungsorganisation und technologisches Niveau auf ein handwerkliches Niveau sinken. Dies führte zu geringeren Kosten und die Einsatzentscheide entsprächen den politisch eingeübten Subventionsverfahren.

«Die Schweizer Armee muss ein breitbandig einsetzbares Instrument einer interdepartemental und über Regierungsstufen abgestimmten Sicherheitspolitik sein.»

manitäre Hilfe im Ausland und ergänzt das Auftragsbündel mit einfachen inländischen, subsidiären Sicherungseinsätzen. Oder sie geht vom «kleinsten gemeinsamen Vielfachen» aus, indem sie die sechs oben genannten Streitkräftethemen grundsätzlich anerkennt, und die Armee an deren sicherheitspolitischen, interdepartementalen Ausgestaltung beteiligt wird, dafür aber auf punktuelle Verstärkungen anderer Sicherheitsinstrumente bei Bund und Kantonen verzichtet wird.

Wert und Ausgestaltung der beiden Optionen könnten nicht unterschiedlicher sein. Ihre Wirkung allerdings auch. Nach fast allen denkbaren Kriterien unterscheiden sie sich bezüglich Wirkung und Kosten in «klein» und «gross» oder gar in «nicht»

Sinn und Nutzen ins Zentrum stellen

Noch scheint es möglich, die Option des «kleinsten gemeinsamen Vielfachen» zu wählen, da nur sie dem grundsätzlichen Anliegen einer integralen und nachhaltigen Sicherheitspolitik entspricht. Konkret heisst dies, dass die Schweizer Armee ein breitbandig einsetzbares Instrument einer interdepartemental und über Regierungsstufen abgestimmten Sicherheitspolitik sein muss und gleichzeitig unvoreingenommen eine Kooperation im Innern und im Ausland auf solide Basis zu stellen ist. Die Armee braucht auch in der gegenwärtigen Lage eine gewisse Grösse, damit Wehrpflicht und Milizgrundsatz als staatspolitisch und militärisch operationell wertvolle Ressourcierungsprinzipien bestehen bleiben können. Zudem ist es dem Bürgersoldaten und Steuerzahler nicht zumutbar, dass seine Armee kläglich unterfinanziert ist oder museale Prozesse und Techniken verwendet werden. Wo im Einzelnen immer wieder noch Spielraum für Einsparungen vermeintlich erkannt wird, zeigt das Gesamtbild ganz anders und deutlich, welche Richtung einzuschlagen ist. Statt mit unverständener Einzelbetrachtung und wenig zeitgerechtem Auftragsverständnis

Vorgänger und ihre Entscheide zu hinterfragen, sind die Grundlagen für eine rasche Umsetzung zu schaffen. Bei der Umsetzung ist darauf zu achten, dass zögerliches Vorgehen die Kosten nicht zusätzlich erhöht. Eine starke Führung verliert sich nicht in inputorientierten Ressourcendiskussionen, sondern ist erfolgreich in der Vermittlung von Sinn und Nutzen der Organisation und ihrer Leistungen.

Das Führungssystem des Heeres wird erfolgreich eingesetzt, ist preiswert, seine Beschaffung im Zeitplan, und es ist ausbaufähig. Es schafft günstige Voraussetzungen für die Integration der Systeme der Luftwaffe und der Armeeführung. Moderne Flugzeugtechnik ist immer wieder von neuem unabdingbar; sie garantiert Grundfähigkeiten einer luftbasierten Plattform. Gleiches gilt für die bedarfsgerecht geschützten Plattformen der Bodentruppen, nach Bedarf im Schutz unterschiedlich sowie stärker bewaffnet oder vielfältiger ausgerüstet. Probleme in den Verwaltungseinheiten des Hauptquartiers schliesslich sollten nicht überbewertet werden. Hingegen ist die Armee anzuhalten, sorgfältig zu planen und die Truppe auf allen Stufen anzuleiten, nicht nur Erkenntnisse und Konsequenzen abzuleiten, sondern diese konsequent und rasch umzusetzen. Vor allem aber muss ein Ende finden, dass der Eindruck entsteht, die gefährlicheren Armeeschaffer sässen im Verteidigungsdepartement selbst. Sicherheitspolitik erträgt keinen Opportunismus. Es geht um mehr. Nicht irgendwann, jetzt. ■



Oberst i Gst
Christoph Grossmann
Dr. oec. HSG
8303 Bassersdorf ZH

Einsatzbereit?

Dann melde dich. Polizeischule 2011

Im Februar / September 2011 starten die Ausbildungslehrgänge an der Interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch (www.iph-hitzkirch.ch). Für junge Schweizerinnen und Schweizer, die sich für den Polizeiberuf interessieren, führt die Kantonspolizei Aargau im Polizeikommando an der Tellstrasse 85 in Aarau unverbindliche Informationsabende durch.

Donnerstag, 25. März; Mittwoch, 21. April; Donnerstag, 21. Oktober; Mittwoch, 24. November; jeweils 19 Uhr

Bist du initiativ, teamfähig, kommunikativ, geistig beweglich und körperlich in Topform? Suchst du einen Beruf, der dich fordert? Einen Beruf am Puls der Gesellschaft?

Dann melde dich sofort an: Tel. 062 835 81 81 oder www.polizei-ag.ch



BALDINGER & BALDINGER